



Presseinformation 28.3.22

Stadt Griesheim soll schneller unabhängig von fossilen Energien werden

Mit zwei Anträgen wollen die Griesheimer GRÜNEN dafür sorgen, dass die lokale Energiewende beschleunigt wird und die Abhängigkeit der Stadt von den fossilen Energieträgern Erdgas und Öl kurz- und mittelfristig reduziert wird. Die Anträge werden in der Sitzung des Umweltausschusses vorberaten (Mittwoch 30. März ab 18Uhr, Hegelsberghalle).

Nach Angaben des letzten Energieberichts hatte die Stadt Griesheim in ihren Liegenschaften – ohne Wohnungen – im Jahr 2020 einen Wärmebedarf von etwa 3,9 Mio kWh aus Erdgas und erdgasbetriebenen Kraftwärmekopplungsanlagen (Nahwärme) bezogen. Hinzu kommen 6.000 Liter Heizöl die ausschließlich auf der Kläranlage verfeuert wurden. Zusammen erzeugen die städtischen Liegenschaften damit über 830 Tonnen CO₂ jährlich. Der finanzielle Aufwand dafür betrug 245.000 €.

„Während die Stadt seit Jahren nur noch Ökostrom bezieht, sind wir bei der Wärmeversorgung unserer Liegenschaften leider noch vollkommen abhängig von fossilen Energieträgern“ so Martin Tichy, der GRÜNE Fraktionsvorsitzende. „Um kurzfristig diese Abhängigkeit zu reduzieren, beantragen wir den Erdgasbezug komplett auf den Bezug von Biogas umzustellen. Dabei ist uns bewusst, dass Biogas in seiner derzeitigen Gewinnung aus Umweltgesichtspunkten durchaus kritisch zu sehen ist, da es zur Zeit noch überwiegend aus raumgreifenden intensiv landwirtschaftlichen Monokulturen stammt. Es ist für uns für die städtische Wärmeversorgung eine Brückentechnologie, die wir durch Solarthermie, Erdwärme und Wärmepumpen Stück für Stück zurückfahren wollen.“ Zudem beantragen die GRÜNEN bis zur Umstellung auf Biogas auf Warmbadetage im Hallenbad zu verzichten. „Das Hallenbad ist der größte städtische Wärmeverbraucher und wird über Nahwärme versorgt, dabei haben wir keinen Einfluss auf den Bezug des Erdgases durch den Betreiber.“ so Tichy. „Durch den vorübergehenden Verzicht auf die Warmbadetage reduzieren wir dennoch direkt den Erdgasverbrauch. Wir sind uns durchaus bewusst, dass die Umstellung auf Biogas, trotz steigender und auch sicher zukünftig hoher Erd- und Flüssiggaspreise, im ersten Moment zusätzliche Kosten verursachen wird, was wir durch diese Maßnahme abfedern wollen.“

Der zweite Antrag umfasst Maßnahmen, die den Gesamtwärmebedarf der städtischen Gebäude mittelfristig reduzieren soll. „Mit die größten Potentiale zur Reduktion der Treibhausgasemissionen befinden sich im Bereich der Gebäude. Wie wir den uns vorliegenden Unterlagen entnehmen



können sind viele städtischen Gebäude dringend sanierungsbedürftig und erfordern in den kommenden Jahren eine grundlegende Sanierung der Gebäudehüllen und Heizungsanlagen. Das gilt leider auch für viele städtische Wohngebäude,“ so Andreas M. Heydt GRÜNES Mitglied im zuständigen Umweltausschuss. „Zukünftig sollen neue städtische Gebäude so geplant und gebaut werden, dass sie gleich den Passivhausstandard erfüllen. Bei der Sanierung sollen die städtischen Gebäude mindestens den KfW-Standard 55 erfüllen. Heizungsanlagen, unabhängig ob bei Sanierung oder für einen Neubau, sollen grundsätzlich zu 100% mit regenerativen Energieträgern betrieben werden. Für die städtische ölbetriebene Zusatzheizung auf der Kläranlage soll ein regenerativer Ersatz geplant werden.“

Dabei sei wichtig, dass die Stadt in die Bürgerschaft und die Verwaltung hinein eindeutige Signale sendet und Orientierung gibt: „Die Stadt kann durch die Umsetzung dieser konkreten Maßnahmen Vorbild für die Griesheimerinnen und Griesheimer sein. Gleichzeitig wollen wir damit der Verwaltung zukunftsfähige und effiziente Handlungsvorlagen für die Planung, Umsetzung und Finanzierung bereit stellen.“

Mit Blick auf die aktuelle Lage machen die GRÜNEN auf die übergeordneten und langfristigen Zusammenhänge deutlich, „über 80% des in Deutschland verbrauchten Erdgases stammt aktuell aus Russland. Damit überweist auch die Stadt Griesheim pro Jahr indirekt einen wahrscheinlich sechsstelligen Betrag, der für den Angriffskrieg auf die Ukraine verwendet werden kann.“ so der GRÜNE Fraktionsvorsitzende Martin Tichy und verweist abschließend darauf „Spätestens jetzt wird klar, wir müssen nicht nur kurzfristig weg von russischen Energieimporten, sondern insgesamt weg von fossilen Energieträgern. Wir sehen die doppelte Notwendigkeit unsere Energieversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen: Klimaschutz und Sicherheit. Griesheims Bürgerinnen und Bürger haben bereits großen Solidaritäts- und Verantwortungswillen bewiesen. Mit dem Solidaritätsprinzip können wir die Anstrengungen auf alle Schultern verträglich verteilen. Griesheim will und kann mehr leisten.“